

# dokumentation

Fachtagung „Die partnerschaftliche Familie: Wunschbild oder Wirklichkeit?“  
9. Juni 2016, Berlin



## Die partnerschaftliche Familie: Wunschbild oder Wirklichkeit?

**D**as Leitbild der „partnerschaftlichen Familie“ prägt derzeit die politische Diskussion: Die Einführung des Elterngeldes und des ElterngeldPlus, das Konzept der Familienarbeitszeit, die Familienpflegezeit – all dies sind Instrumente, die eine partnerschaftlichere Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit fördern sollen. Die

Realität zeigt, wie dringend Modelle einer partnerschaftlichen Familienorganisation und einer geschlechtergerechten Vereinbarkeit gebraucht werden: Frauen übernehmen 80 Prozent der – privat wie professionell geleisteten – Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit („Care“). Männer und Väter gehen mehrheitlich einer ununterbrochenen, oftmals

überlangen Vollzeitberufstätigkeit nach und beteiligen sich wenig an Sorgearbeit. Und dies trotz anders gelagerter Wünsche und Vorstellungen. Im Mittelpunkt der Fachtagung stand die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen eine partnerschaftliche Familienorganisation gelingen kann und wo politische Handlungsoptionen bestehen. ■

# Einführung



## Christiane Reckmann

Vorsitzende des ZFF

*„Partnerschaftlichkeit‘ ist kein individuelles Paar-Problem, sie ist eine gesellschaftliche Aufgabenstellung. Partnerschaftlichkeit bedeutet, dass beide Geschlechter die Möglichkeit haben, Fürsorge für andere – für Kinder und für Ältere – zu leben, über eine Erwerbstätigkeit die eigene Existenz zu sichern und gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren.“*

## Petra Mackroth

Leiterin der Abteilung Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

*„Wunsch und Wirklichkeit bei den Arbeitszeiten liegen in vielen Partnerschaften oft noch deutlich auseinander. Entsprechend kann es politisch nicht nur um das ‘Abnicken‘ jeglichen Modells von Partnerschaftlichkeit gehen. Es geht um gleiche Chancen für beide Geschlechter. Dafür muss die Politik Anreize für eine gleichmäßigere Aufgabenteilung setzen.“*



# Vortrag



*Dr. Karin Jurczyk : „Kinder im Zentrum, Eltern am Limit“, so lässt sich die Sorgekrise heute beschreiben.“*

## Sorgearbeit in der Krise: Partnerschaftlichkeit als Lösung?

**Dr. Karin Jurczyk, DJI München**

**D**ass Eltern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als noch vor zehn oder 20 Jahren, so ein Befund der aktuellen Zeitverwendungsstudie, lässt zunächst an der These der Krise der Sorgearbeit zweifeln, so Karin Jurczyk. Nimmt man jedoch hinzu, dass sowohl die Erwerbsquoten als auch der Umfang der Arbeitszeit bei Frauen/Müttern und Männern/Vätern gestiegen sind, zeigt sich, dass vor allem die Eltern selbst unter Druck geraten sind. Um für ihre Kinder da zu sein, sparen sie an der Zeit für den Haushalt, die eigene Erholung, die Partnerschaft sowie für das Ehrenamt.

Care, d.h. Fürsorge für andere im Sinne von versorgen, betreuen, pflegen, sich kümmern sowie die Sorge für sich selber, bildet die Basis von Wirtschaft und Gesellschaft, unterstreicht Jurczyk. In der Krise hat sich Care allerdings immer schon befunden, so ihre These, sie gilt historisch seit langem als abgespaltene, wertlose Ressource. Ebenso lange tradiert ist die Verknüpfung von Care

und Weiblichkeit: Frauen werden durch ihre Hauptzuständigkeit für Sorgearbeit abgewertet, umgekehrt wird Sorgearbeit gering bewertet durch die Tatsache, dass sie überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Die traditionellen Geschlechterrollen mit ihrer klaren Aufgabenzuschreibung dienen somit der Absicherung der Sorgearbeit. Seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts wird dieses Genderregime durch Veränderungen in Arbeitswelt und Familie in Frage gestellt: Ökonomische Zwänge führen zur Etablierung eines Zweiverdiener-Modells, neue Lebenskonzepte fordern die Rollenverteilung in Familien heraus. Zwar wird familiäre Sorge zunehmend durch infrastrukturelle Leistungen ergänzt, die infrastrukturellen und zeitlichen Strukturen sind jedoch nur ansatzweise an die veränderten Lebensbedingungen von Familien angepasst, was zusätzlichen Druck verursacht.

Jurczyk konstatiert fünffache Sorge-Lücken:

- Die Selbstsorge von Individuen wird zunehmend prekär.
- Familie wird zum „Betrieb“, in dem es gestressten Eltern um Vereinbarkeitsmanagement geht.
- In der beruflichen Sphäre führt die Sorge-Krise zu weniger produktiven und motivierten Beschäftigten, zudem wird auch die Krise der professionellen Sorgearbeit sichtbar, etwa im Pflegebereich.
- Im sozialen Bereich fehlt es an Zusammenhalt durch abnehmendes ehrenamtliches Engagement.
- Schließlich verzichten viele Menschen trotz Kinderwunsch auf (weitere) Kinder.

Als notwendig sieht Jurczyk deshalb die Anerkennung und Neuorganisation von Care im Sinne eines „warm-modernen Sorgeleitbildes“ nach A. Hochschild an. Dafür sind – neben anderen Faktoren – Änderungen im Geschlechterverhältnis und die Ermöglichung eines partnerschaftlichen Arbeitens und Lebens unverzichtbar.

Allerdings stellt sich die grundsätzliche Frage, was Partnerschaftlichkeit überhaupt ist: Meint sie einen gemeinsamen, fairen Aushandlungsprozess, unabhängig vom

Resultat? Oder eine annähernde Gleichverteilung von Aufgaben? Oder nur eine klare 50:50-Teilung? Und schließlich: Bezieht sich Partnerschaftlichkeit ausschließlich auf den gegenwärtigen Alltag oder auch auf den Partnerschaftsverlauf? Diese Fragen machen deutlich, dass das Verständnis von Partnerschaftlichkeit (noch) nicht klar definiert ist.

Jurczyk verweist auf die Ergebnisse einer DJI-Auswertung zu egalitärer Arbeitsteilung in Partnerschaften. Demnach übernehmen Frauen/Mütter selbst dann, wenn sie gleich lang arbeiten wie ihre Männer, den Hauptteil der Familienaufgaben. Insbesondere die Hausarbeit bleibt eine weibliche Domäne. Drei Hauptgründe sind hierfür zu nennen:

- Erstens die ökonomischen Hürden wie Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern schon vor der Geburt des ersten Kindes, falsche steuerliche Anreize oder zu teure Kinderbetreuungsangebote

- Zweitens innerfamiliäre Hürden in Form von traditionellen Geschlechterrollen, wozu auch das „Reviervershalten“ von Müttern gehört, die ihren Partnern die Übernahme bestimmter Aufgaben nicht zutrauen
- Drittens die betrieblichen Hürden, die es insbesondere Männern/Vätern schwer machen, zugunsten ihrer Familie beruflich kürzer zu treten.

Aufgabe der Arbeitgeber/innen ist es, eine sorgebewusste Arbeitswelt zu schaffen und strukturelle Angebote durch die entsprechende Unternehmenskultur zu ergänzen. Die Politik muss die ökonomische Basis von Familien sichern, indem Fürsorge für andere anstatt der Ehe gefördert wird. Neben dem weiteren Ausbau qualitativ hochwertiger Infrastrukturen ist es Aufgabe der Politik, Familien auch zeitlich zu entlasten: Die Norm kontinuierlicher Erwerbsverläufe sollte im Sinne „atmender Lebensläufe“ verändert werden, indem Arbeitszeiten nach Lebensphasen und -situationen verändert und angepasst werden können.

Partnerschaftliche Vereinbarkeit kann in vielerlei Hinsicht zur Minderung der Krise der Sorgearbeit beitragen, allerdings sind aus Sicht von Karin Jurczyk etliche Fragen an das Konzept der Partnerschaftlichkeit unbeantwortet: Ist es wirklich anwendbar und tauglich für die vielen verschiedenen Formen und Lebenslagen von Familien? Was ist mit jenen ungefähr 40 Prozent der jungen Eltern, die eine traditionelle Arbeitsteilung befürworten oder zumindest hinnehmen würden? Sollte das einfach als „Wahlfreiheit“ akzeptiert werden? Und wie ist das nicht-egalitäre, aber weit verbreitete Zuverdienerinnen-Modell zu bewerten – wo ist es partnerschaftlich ausgehandelt oder doch aufgenötigt?

Das Fazit von Jurczyk lautet, dass die partnerschaftliche Vereinbarkeit zur Lösung der Care-Krise nicht ausreicht – z.B. gegen die Abwertung von Care oder die Überforderungen der Arbeitswelt –, sie ist aber ein wichtiger Baustein dafür. ■



# World Cafés

## World Café 1

### Wie kann Partnerschaftlichkeit gelingen in Bezug auf die Pflege älterer Menschen?

Moderation: Jessica Jane Clotten

#### 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

Der Begriff „Partnerschaftlichkeit“ wurde mit Blick auf die Aushandlung von Aufgabenverteilungen in der Partnerschaft der Pflegenden diskutiert: gerecht, gleichberechtigt und konfliktfähig, auf Augenhöhe der Partner/innen miteinander, mit dem Ziel einer fairen Verteilung. Hierfür bedarf es Unterstützung von außen und einer größtmöglichen finanziellen Unabhängigkeit der Partner/innen voneinander.

Mit Blick auf skandinavische Konzeptionen des Wohlfahrtsstaats wurde problematisiert, dass in Deutschland traditionell die Familie als Ausgangspunkt von fürsorglichem Handeln gesehen wird, nicht die Bürgerin oder der Bürger, die/der einen Anspruch darauf hat, in Würde gepflegt zu werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müsse über neue Partnerschaftskonstellationen nachgedacht werden (zu Pflegende/r – Staat/Nachbarschaft/Familie etc.) und diejenigen, die gepflegt werden, stärker als bisher in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

#### 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir in Bezug auf die Pflege älterer Menschen?

Einig waren sich alle, dass die Pflege älterer Angehöriger zu wenig politisch thematisiert und noch immer nicht als eine der großen



gesamtgesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit begriffen wird.

Strukturelle Hindernisse wurden in fehlenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für berufliche Auszeiten oder finanzielle Kompensationen gesehen. Der Gender Pay Gap und mangelnde Instrumente der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verhindern partnerschaftliche Aufteilungen. Es fehlen die rechtliche Anerkennung von Pflegepersonen, die nicht miteinander verwandt sind (Nachbarschaften etc.), und Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen, die Pflegeverantwortung für weit entfernt wohnende Angehörige übernommen haben.

Als Hindernisse auf individueller Ebene wurden die fehlende Anerkennung für Pflegeaufgaben von außen sowie in der Selbstwahrnehmung, fehlendes Wissen über Pflegetätigkeiten und rechtliche Rahmenbedingungen sowie der teilweise fehlende Mut zur Pflege benannt.

Den Schwerpunkt bildeten Hindernisse auf Grund gesellschaftlicher Sozialisierung: Eine weitgehende Tabuisierung des Themas Pflege, traditionelle Rollenzuschreibungen, wer pflegt (meist die Frau), religiöse Einstellungen und gesellschaftliche Normen über

Pflichten im Rahmen des Generationenvertrags, Karrierevorstellungen und Leistungs-ideale sowie fehlende Vorbilder für Männer, die Pflegeaufgaben übernehmen.

#### 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit in Bezug auf die Pflege älterer Angehöriger gelingen kann?

Um Partnerschaftlichkeit zu erreichen, bedarf es verbesserter rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen zum Beispiel durch Regelungen analog zu Elternzeit/Elterngeld, eines Abbaus von Bürokratie, mehr und besserer pflegefreundlicher Wohnangebote, des Ausbaus der Tagespflege sowie der Beratung und Unterstützung auf kommunaler Ebene. Unternehmen müssen stärker als bisher Pflegeaufgaben ihrer Beschäftigten wahrnehmen und ihnen flexiblere Arbeitszeitmodelle anbieten.

Die frühe Information zu und die Sensibilisierung für Pflege bereits in der Schule wurde von vielen Teilnehmenden als wichtig erachtet, um gesamtgesellschaftliche Diskurse anzustoßen. Abschließend wurde gefordert, dass pflegende Angehörige eine Lobby bilden müssten, um die Rahmenbedingungen zu verbessern. ■

## World Café 2

# Wie kann Partnerschaftlichkeit gelingen in Familien mit mehreren Kindern?

Moderation: Dr. Claudia Zerle-Elsäßer

## 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

Der Begriff der „Partnerschaftlichkeit“ wurde insbesondere unter dem Aspekt der Wahlfreiheit diskutiert. Nicht immer muss Partnerschaftlichkeit eine gleiche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Partnern bedeuten. Wichtig war den Diskutierenden jedoch in jedweder Konstellation die Klärung von Machtverhältnissen. Ein finanzieller Ausgleich einer Reduktion auf Teilzeit – möglicherweise sogar zwischen den Partnern/-innen – sowie die grundsätzliche Möglichkeit einer Bezahlung von Care-Arbeit wurden diskutiert. Darüber hinaus wurde der Begriff nicht nur auf die innerfamiliäre Arbeitsteilung bezogen, sondern insbesondere mehr gesellschaftliche Solidarität für sogenannte Mehrkinderfamilien eingefordert. Hier zählte die ganzheitliche Betrachtung aller Bereiche und so können auch Arbeitgeber/innen zu Partnern werden, mit denen vereinbarkeitsförderliche Maßnahmen verhandelt werden können und müssen.

## 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir in Familien mit mehreren Kindern?

Familien mit mehreren Kindern realisieren häufiger traditionelle Formen der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit im Sinne eines männlichen Ernährermodells mit einem in Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer nicht erwerbstätigen Mutter als Familien



mit nur einem oder zwei Kindern. Dies ist der Fall, obwohl auch die Mütter in Mehrkinderfamilien sehr häufig einen Erwerbswunsch artikulieren. Es wurden zahlreiche Hindernisse für mehr Egalität in Mehrkinderfamilien benannt: Insbesondere wurden die finanziellen Belastungen dieser Familien betont, die durch die hohen Kosten institutioneller und/oder privater Kinderbetreuung noch verstärkt werden. Weiterhin wurde ein Fehlen von passenden Betreuungsangeboten – insbesondere auch für ältere Kinder – diskutiert sowie über die Komplexität gesprochen, die mit den vielen verschiedenen Anlaufstellen der Betreuung (Tagesmutter, Kita, Schule, Freizeitangebote) bei mehreren Kindern einhergeht. Diskutiert wurden darüber hinaus das Vorherrschen eines kurzen Karrierefensters und das Fehlen einer lebensphasenorientierten Personalpolitik in den Unternehmen. Daraus resultiert die Schwierigkeit, im Sinne einer „sequentiellen Partnerschaftlichkeit“ einmal eingespielte Modelle wieder zu ändern und umzudrehen.

## 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit in Familien mit mehreren Kindern gelingen kann?

Als grundlegende Anforderung für mehr Partnerschaftlichkeit in Mehrkinderfamili-

en sahen die Diskutierenden ein höheres Maß an Familienfreundlichkeit – gesellschaftlich und in besonderer Weise bei den Arbeitgebern/-innen. Von den Unternehmen werden dabei mehr Verständnis sowie mehr Maßnahmen der Vereinbarkeit gefordert. Insbesondere von Vätern/Eltern in Führungspositionen wird erwartet, dass sie nicht nur als role-models fungieren, sondern auch mehr Verständnis für die Situation ihrer Mitarbeiter/innen aufbringen. Unumgänglich sind das Hinterfragen traditioneller Rollenbilder und ein verstärktes Engagement von Vätern in der Familie. Ein wichtiger Punkt waren auch zentrale Beratungs- und Hilfeangebote wie z.B. die Familienbildung, die möglichst mit einer proaktiven Beratungskultur Hilfestellungen geben können, wie man die Aufgabe, mehrere Kinder zu erziehen, gut meistern kann – ohne dabei auf die dringend notwendige Selbstfürsorge zu verzichten. Auch auf eine geeignete Infrastruktur und die dringend notwendige leichtere Zugänglichkeit von passenden Betreuungsangeboten für Kinder aller Altersgruppen wurde hingewiesen. ■

## World Café 3

## Wie kann Partnerschaftlichkeit bei getrennt lebenden Eltern gelingen?

Moderation: Dr. Michaela Schier

Fokussiert wurde sowohl auf die Gruppe der Eltern, die nach Auflösung ihrer Partnerschaft bzw. nach einer Scheidung getrennt leben, als auch die Gruppe von Eltern, die aus beruflichen Gründen über kürzere oder längere Phasen getrennt leben.



### 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

Partnerschaftlichkeit bedeutete für den Großteil der Teilnehmenden gemeinsame Entscheidungsfindungen der Partner/innen in Bezug auf die Arbeitsteilung. Die Aushandlungen der Partner/innen sollten unter Rücksichtnahme auf Interessen der anderen Personen in der Familie, mit Wertschätzung und Respekt auf Augenhöhe sowie im Sinne einer gegenseitigen Unterstützung in guten wie schlechten Zeiten vorgenommen werden. Auch Kompetenzen wie Empathie, Teamgeist, Kompromiss- und Konsensfähigkeit wurden mit dem Begriff assoziiert.

### 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir bei getrennt lebenden Eltern?

Als größte Hindernisse wurden die unter Umständen großen Entfernungen zwischen den Familien- bzw. Arbeitswohnorten, der hohe zeitliche Aufwand für räumliche Mobilität und die häufigen Abwesenheiten genannt, die eine Beteiligung an Erziehung, Betreuung und Hausarbeit am Lebensort der Kinder nur teilweise und nur via medialer Praktiken möglich machen. Bei Eltern, die nach Auflösung ihrer Partnerschaft getrennt leben, wurden Konflikte sowie finanzielle Engpässe als größte Barrieren für die Umsetzung einer partnerschaftlichen Elternschaft identifiziert. Hohe berufliche

Verfügbarkeitserwartungen stellen Eltern vor die Wahl: Beruf oder Partnerschaftlichkeit. Allgemein wurden dysfunktionale Kommunikationsstrukturen, mangelnde Konfliktfähigkeit, ein starres Festhalten an einer einmal vereinbarten Arbeitsteilung sowie ein genaues Aufrechnen der zeitlichen Beteiligung als wenig förderlich angesehen. Hingewiesen wurde überdies auf strukturelle Barrieren wie gender pay gap und Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Es wurde angemahnt, das Wohl der Kinder in der Familie nicht zu vergessen: Eine gleiche Beteiligung im Erwerbsleben könnte kindlichen Interessen entgegenstehen, wenn z.B. beide Elternteile beruflich bedingt häufig abwesend sind. Eine gleiche Beteiligung an der Familienarbeit könnte ebenfalls kindlichen Interessen entgegenstehen, wenn Kinder mit anhaltenden Konflikten der getrennt lebenden Eltern konfrontiert sind. Problematisiert wurde nicht zuletzt, dass die Datenlage zu diesen familialen Lebensformen, v.a. im Zeitverlauf, noch unbefriedigend ist.

### 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit bei getrennt lebenden Eltern gelingen kann?

Als wichtig wurde die Förderung von Kompetenzen (Konfliktlösungs-, Medien-, Mobi-

litäts- und Technikkompetenzen), die den Umgang mit der räumlichen Trennung sowie mit bestehenden Konflikten erleichtern, durch Bildungs- und Beratungsstellen gesehen. Ausreichende finanzielle und soziale Ressourcen wurden als grundlegend genannt. In Bezug auf multilokale Nachrennungsfamilien wurde die Gewährung von Unterhaltsvorschuss unabhängig vom Alter des Kindes und von etwaigen Folgepartnerschaften von Alleinerziehenden sowie die Anerkennung von Mehrbedarfen bei multilokaler Lebensführung der Kinder für Alleinerziehende in Hartz IV als dringlich angesehen. Förderlich für die Umsetzung von Partnerschaftlichkeit bei getrennt lebenden Eltern könnten auch die Bereitstellung von temporären flexiblen finanziellen Unterstützungs-, Unterkunfts- und Betreuungsleistungen, (flexiblere) Arbeitszeitmodelle, die Freizeit am Block ermöglichen, zusätzliche Urlaubstage für Eltern, die zu ihrer Familie/ihren Kindern anreisen, sowie eine für die Belange getrennt lebender Eltern sensible betriebliche Kultur sein. Als wichtig wurde zudem der Abbau des gender pay gap sowie steuerlicher Fehlanreize bewertet. Allgemein bestand die Einschätzung, dass gelebte Partnerschaftlichkeit vor Trennung/Scheidung/Auseinanderziehen partnerschaftliche Arrangements danach befördert. ■

## World Café 4

# Wie kann Partnerschaftlichkeit gelingen in nicht rechtlich geregelten Beziehungen jenseits der Ehe?

Moderation: Dieter Heinrich

## 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

Die Teilnehmenden wiesen darauf hin, dass das Thema Partnerschaftlichkeit nicht nur mit Blick auf traditionelle Familienformen diskutiert werden sollte, sondern unter Berücksichtigung der Vielfalt von Familien bzw. Sorggemeinschaften. Diese Vielfalt umfasse beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare, Beziehungen mit mehr als zwei Partnerinnen oder Partnern, Regenbogen- und Patchworkfamilien, Alleinerziehende und Konstellationen jenseits von Verwandtschafts- oder Liebesbeziehungen wie Freundschaften oder Nachbarschaften. Dabei drehe sich Sorgearbeit nicht nur um Kinder, sondern auch um pflegebedürftige Angehörige, den Partner oder die Partnerin sowie Freundinnen und Freunde.

## 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir in nicht rechtlich geregelten Beziehungen jenseits der Ehe?

In der Diskussion zeigte sich, dass Hindernisse und Chancen bei der Umsetzung von Partnerschaftlichkeit stark von der jeweiligen Paar- oder Sorgkonstellations abhängen. So wurden mit Blick auf Regenbogen- oder Patchworkfamilien die unzulänglichen rechtlichen Rahmenbedingungen als ein großes Hindernis für die Umsetzung von Partnerschaftlichkeit eingeschätzt. Dies zeigt sich beispielsweise bei den Schwierigkeiten in Sorgerechtsfragen für nichtbiolo-



gische Elternteile. Für andere Beziehungen, v.a. mit Blick auf heterosexuelle Lebensgemeinschaften, wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht eheliche Konstellationen nicht geeigneter für partnerschaftliche Lebensmodelle seien. So setze die Ehe, inklusive Ehegattensplitting, deutliche Anreize für eine traditionelle und geschlechterstereotype Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Das Fehlen eines rechtlichen Rahmens macht hingegen permanente Aushandlungsprozesse über die Aufgabenverteilung zwischen den Partnern/-innen notwendig. Diese Absprachen stellen aber zugleich eine große Herausforderung dar, „stehlen“ sie doch wertvolle Zeit, die für Partnerschaftlichkeit so wichtig ist.

Daneben wurden auch strukturelle Barrieren benannt, die eine tatsächliche Wahlfreiheit über die Aufgabenverteilung innerhalb der Sorggemeinschaft verhindern, z.B. die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern oder (über-)lange Arbeitszeiten.

## 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit in nicht rechtlich geregelten Beziehungen jenseits der Ehe gelingen kann?

Zentral wurde von den Teilnehmenden die Forderung nach verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für alle Familien-

und Sorggemeinschaften gestellt. Nur auf dieser Grundlage könnten die verschiedenen Beziehungskonstellationen überhaupt Partnerschaftlichkeit leben. Vor allem wurde die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuellen Paaren gefordert.

Daneben wurde die Rolle von Kulturveränderungen diskutiert, die langfristig nötig seien, damit progressive und partnerschaftliche Familien- und Sorgkonstellationen das Risiko vermeiden, in ungewollte traditionelle Rollenmuster zurückzufallen. So wurde etwa eine Unternehmenskultur angemahnt, die es Männern leichter macht, Auszeiten für Sorgearbeit zu nehmen.

Die (kommunale) Politikebene wurde aufgefordert, das Thema stärker auf die Tagesordnung zu setzen und beispielsweise Wohnformen für unterschiedliche Sorgkonstellationen zu fördern, etwa Mehrgenerationenhäuser oder WGs für Alleinerziehende. Grundsätzlich wurde angemerkt, dass sich Partnerschaftlichkeit nur dann realisieren lässt, wenn strukturelle Barrieren wie der Gender Pay Gap oder die Verbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse abgebaut werden. ■

## World Café 5

# Wie kann Partnerschaftlichkeit gelingen unter prekären materiellen Bedingungen?

Moderation: Dr. Johanna Possinger



## 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

Im Worldcafé zeigte sich, wie unterschiedlich der Begriff von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verstanden wird. Nur ein kleiner Teil fasst darunter eine egalitäre Arbeitsteilung, bei der sich beide Eltern im gleichen Umfang in Beruf und Familie engagieren. Die meisten gaben stattdessen an, dass Partnerschaftlichkeit vor allem eine Aushandlung der Arbeitsteilung innerhalb der Paarbeziehung bedeutet, an deren Ende durchaus die gemeinsam getroffene Entscheidung stehen kann, dass sich ein Partner ganz auf das Geldverdienen und der/ die andere ganz bzw. überwiegend auf die Sorgearbeit konzentriert. Partnerschaftlichkeit bedeutete für die Teilnehmenden also nicht immer „fifty fifty“. Wichtige Prinzipien dieser Aushandlung sind dabei gegenseitige Solidarität sowie eine Reflexion über die Auswirkungen dieser Entscheidung für beide Partner/innen.

## 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir in unter prekären materiellen Bedingungen lebenden Familien?

Es wurde deutlich, dass auch unter Familien in prekären Lebenslagen nur eine Minderheit eine partnerschaftliche Arbeitsteilung

im Sinne einer egalitären Beteiligung beider Elternteile in Beruf und Familie realisiert. Als Gründe wurden vielfältige Hindernisse partnerschaftlicher Vereinbarkeit bei von Armut bedrohten Familien benannt: Neben der geschlechtlichen Segregation des Arbeitsmarktes und damit einhergehenden Gehaltsunterschieden zwischen Müttern und Vätern wurden eine mangelnde materielle Grundsicherung durch den Staat, prekäre Arbeitsbedingungen, multiple Belastungen der betroffenen Familien, fehlende und kostenintensive Angebote der Kindertagesbetreuung sowie steuerliche Fehlanreize als Hindernisse identifiziert. Auch traditionelle Geschlechternormen sowie mütterliches „Gatekeeping“ wurden als Barrieren für mehr partnerschaftliche Vereinbarkeit diskutiert.

## 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit in unter prekären materiellen Bedingungen lebenden Familien gelingen kann?

Als dringlichstes Ziel wurde von den Teilnehmenden insbesondere die Existenzsicherung von in Armut lebenden Familien thematisiert. Mögliche Reformen wie die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags oder die Reform des Unterhaltsvorschusses haben zwar, so wurde in den Diskussionen

vermutet, nicht unmittelbar Einfluss auf eine partnerschaftlichere Arbeitsteilung, sind aber notwendig, um Familien im Alltag besser zu unterstützen. Gesamtgesellschaftlich ist zudem eine stärkere Anerkennung von Care-Tätigkeiten sowie eine bessere Entlohnung weiblich geprägter Arbeitsmarktbranchen erforderlich. Auf infrastruktureller Ebene wurden kostenfreie Angebote der Kindertagesbetreuung für Familien in prekären Lebenslagen sowie eine bessere Verschränkung von SGB II und SGB VIII befürwortet. Auch Angebote, die Familien „aus einer Hand“ informieren, sind hier entscheidend, um Familien über die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in Kenntnis zu setzen. Diskutiert wurden auch die Auswirkungen einer möglichen Einführung einer Familienarbeitszeit auf Familien in Armutslagen. Hier waren sich die meisten Teilnehmenden einig, dass ein solches Instrument die partnerschaftliche Vereinbarkeit in dieser Zielgruppe nur stärken würde, wenn vollständige Lohnersatzraten für geringe Einkommen vorgesehen wären, die beiden Eltern eine Arbeitszeitreduktion ohne Einkommensverluste ermöglichen. ■

## World Café 6

# Wie kann Partnerschaftlichkeit gelingen in Familien mit behinderten Angehörigen?

Moderation: Birgit Merkel

## 1. Was bedeutet für uns „Partnerschaftlichkeit“?

In der Diskussion wurde auf die Ambivalenz verwiesen, die das Thema Partnerschaftlichkeit für Familien mit behinderten Angehörigen hat: Einerseits sei das Trennungs- und Scheidungsrisiko beispielsweise bei Eltern, die ein behindertes Kind bekommen haben, deutlich erhöht. Andererseits „erzwingen“ ein behindertes Kind oder ein behinderter Angehöriger quasi mehr Partnerschaftlichkeit, da die Aufgaben anders gar nicht zu bewältigen seien. Deutlich wurde, dass das Thema Partnerschaftlichkeit mehrere Aspekte umfasst: Bezogen auf das Paar wurde Partnerschaftlichkeit vor allem als Teilung von Aufgaben und Verantwortung, als Treffen gemeinsamer Entscheidungen, aber auch schlicht als „Durchhalten“ verstanden. Individuell setze Partnerschaftlichkeit in Familien mit behinderten Angehörigen auch Selbstbestimmung, das Akzeptieren können der Situation und das Freisein von Schuldgefühlen voraus. Bezogen auf das soziale Umfeld wurden Verständnis und das Fehlen von Berührungspunkten als wichtiges Element von Partnerschaftlichkeit benannt. Von Politik und Gesellschaft schließlich wurde die Bereitstellung von Informations- und Beratungsmöglichkeiten, aber auch von ausreichenden Ressourcen als Teil von Partnerschaftlichkeit erwartet.

## 2. Welche Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit sehen wir in Familien mit behinderten Angehörigen?

Als zentrale Hindernisse für mehr Partnerschaftlichkeit in Familien mit behinderten Angehörigen wurden die mangelnde Umsetzung von Inklusion, die mangelnde Akzeptanz von Behinderung in Kita, Schule,



Uni, Arbeitswelt etc., die fehlende Unterstützung bei schwierigen Lebensübergängen sowie die enormen bürokratischen Hürden, mit denen Familien mit behinderten Angehörigen konfrontiert werden, benannt.

## 3. Was muss geschehen, damit Partnerschaftlichkeit in Familien mit behinderten Angehörigen gelingen kann?

Der Schwerpunkt der Diskussionen im World Café lag auf strukturellen Bedingungen von Partnerschaftlichkeit, weniger auf individuellen Einstellungen und Haltungen.

Die zentrale Forderung lautete, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und von den Betroffenen aus zu planen und zu handeln. Diese seien als Expertinnen und Experten anzusehen und in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden. Der Abbau von Bürokratie und die Bereitstellung von Leistungen aus einer Hand müssten ganz oben stehen. Als zentrale Punkte wurden auch die Sensibilisierung und die Fortbildung von Fachkräften benannt. Beratungs- und Informationsangebote müssten ausgebaut und Selbsthilfegruppen fi-

nanziell unterstützt werden. Flankierende Maßnahmen seien vor allem für alleinerziehende Elternteile essentiell. Eine weitere Forderung lautete, Angebote zur Entlastung und Erholung für Familien mit behinderten Angehörigen auszubauen und den Sorgenden Auszeiten zu ermöglichen. Zeit für sich selbst und Zeit für die Partnerschaft dürften nicht aus den Augen verloren werden. Wichtig sei dies zudem für Familien, in denen auch nicht behinderte Kinder leben, die oftmals „zurückstecken“ müssen. Der Staat müsse seine Partnerschaftlichkeit gegenüber Familien mit behinderten Angehörigen adäquat wahrnehmen und die Rahmenbedingungen und finanziellen Möglichkeiten der Familien verbessern.

Auf individueller Ebene wurde gefordert, es müsse innerhalb einer Partnerschaft akzeptiert werden, dass es unterschiedliche Einstellungen und Umgangsweisen mit dem Thema Behinderung gebe. Angesprochen wurde auch die notwendige emotionale Unterstützung des Partners/der Partnerin. Wichtig sei schließlich, den Interessen des behinderten Angehörigen, aber auch der Partnerschaft gerecht zu werden. ■



*Gesine Schwan: „Sorge ist ein lebensnotwendiges Element. Wo sie fehlt, ist es freudlos.“*

## Resümee

# „Die partnerschaftliche Familie als öffentliches Gut“

Einangangs machte Gesine Schwan deutlich, was sie unter dem Begriff Familie versteht, nämlich die verlässliche Sorge über Generationen hinweg. Partnerschaftlichkeit basiert dabei auf Freiheit, Unterschiedlichkeit und Gleichheit und bietet die Chance, dass Menschen in ihrer Individualisierung solidarisch leben können.

Das Erleben von Partnerschaftlichkeit in Familien als erstem Sozialisationsort von Kindern ist wichtig; die Erfahrung, dass es Menschen freiwillig und voraussetzungslos und nicht aufgrund von Abhängigkeiten

„gut mit mir meinen“, essentiell. Auf diese Weise kann Familie als „gemeinsames Projekt“ erfahren und Teilhabe ermöglicht werden. In diesem Sinne ist die partnerschaftliche Familie ein öffentliches Gut, da sie in Sachen Bildung und Gesundheit positive Auswirkungen für Individuen hat und sozialen Zusammenhalt sowie eine demokratische Gesellschaft nach sich zieht.

Um Partnerschaftlichkeit zu leben, so Schwan, sind das Durchbrechen alter Rollenklischees und das Realisieren von „Gleichheit in Verschiedenheit“ notwendig.

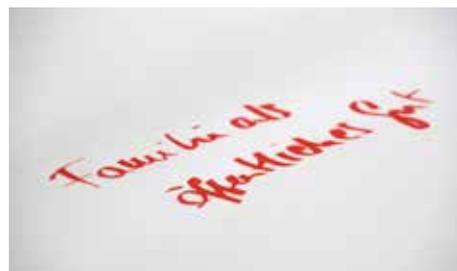
Partnerschaftliche Familienmodelle können dabei helfen, die Über- und Unterlegenheitsdebatte in den Geschlechterverhältnissen zu überwinden. Die Freiheit der Wahl in Partnerschaften ggf. auch für ein traditionelles Rollenmodell ist zwar zu respektieren, sollte aber durch die Gesellschaft nicht explizit gefördert und unterstützt werden.

Für die partnerschaftliche Familie ist die Vereinbarung von Sorgeverantwortung mit der Arbeitswelt eine zentrale Frage. Zeit für Fürsorge muss auch und gerade für Geringverdienende finanziell unterstützt werden. ■

## Ausblick

**Christiane Reckmann, ZFF und Dr. Karin Jurczyk, DJI**

Die Diskussionen um die partnerschaftliche Familie zeigen, dass große politische Aufgaben vor uns liegen und neue Lösungsansätze gefragt sind: Viele Eltern würden gerne Fürsorge- und Erwerbsarbeit innerhalb von Partnerschaften gerechter aufteilen. Mit diesem Wunsch geraten sie jedoch immer wieder an Grenzen – sei es bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit, beim Verständnis von Kollegen/-innen, aber auch bei der Unterstützung durch private Netze. Zudem reicht nicht bei allen das Einkommen aus, um Erwerbsarbeit zugunsten von Fürsorgeaufgaben zu reduzieren.



Die Übernahme von Fürsorge stellt einen Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens dar. Dies gilt für alle Beziehungen, insbesondere aber für die Erziehung kleiner Kinder und für die Sorge für alte, kranke oder behinderte Menschen.

Politik und Unternehmen sind gefragt: Eine optimierte Anpassung des Elterngelds an faktische Bedarfe, Lohngerechtigkeit, die Einführung einer Familienarbeitszeit und ein Rückkehrrecht aus der Teilzeit sind wichtige Bausteine. Daneben brauchen wir andere Arbeitszeitmodelle, existenzsichern-

de Arbeitsbedingungen, einen Blick auf Fürsorge im Lebenslauf und eine Debatte darüber, wie viel uns Fürsorge wert ist. In den unterschiedlichen Familienkonstellationen stellen sich unterschiedliche Aufgaben, für die Partnerschaftlichkeit oft alleine nicht die Lösung ist.

Warum ist immer die Familie die scheinbar natürliche erste Ansprechpartnerin für Fürsorge? Und sind nur die (Ehe)Partner/innen gemeint, wenn wir von Partnerschaftlichkeit sprechen oder auch der Staat, die Nachbarnschaften, die Solidargemeinschaft? Was verstehen wir genau unter Partnerschaftlichkeit?

Das ZFF und das DJI werden diese Fragen intensiv weiterdiskutieren. Nur durch die breite gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung kann es uns gelingen, die Krise, die wir im Bereich der Fürsorge erleben, zu überwinden und neue Antworten zu finden. ■



## Impressum

### Herausgeber:

Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF) /  
Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI)

### Texte:

Dr. Karin Jurczyk, Alexander Nöhring,  
Dr. Johanna Possinger, Dr. Bettina Rainer,  
Dr. Michaela Schier, Lisa Sommer,  
Dr. Claudia Zerle-Elsässer

### Redaktion:

Dr. Bettina Rainer

### Fotos:

Kai Doering, Berlin  
Titel: photocase/madochab

### Gestaltung:

büro G29, Aachen

### Druck:

KOMAG mbH, Berlin

### Auflage:

400 Stück



**Deutsches Jugendinstitut e. V.**  
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,  
Vorstandsvorsitzender und Direktor  
Nockherstr. 2, 81541 München  
Telefon: 089 62306-0  
Telefax: 089 62306-162  
info@dji.de  
www.dji.de

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Institute für Forschung und Entwicklung in Deutschland in den Themenbereichen Kindheit, Jugend, Familie und den darauf bezogenen Politik- und Praxisfeldern. Als außeruniversitäre Einrichtung an der Schnittstelle zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, föderalen Ebenen, Akteursgruppen, Politikbereichen und Fachpraxen bietet das DJI verwertbare Erkenntnisse aus der empirischen Forschung, zeitnahe wissenschaftsbasierte Beratung der Politik sowie wissenschaftliche Begleitung und Anregung der Fachpraxis. Gleichzeitig fungiert das DJI als Vermittlungsinstanz zwischen Wissenschaft, Politik und Fachpraxis.



**Zukunftsforum Familie e.V.**  
Alexander Nöhring, Geschäftsführer  
Markgrafenstraße 11, 10969 Berlin  
Telefon: 030 2592728-20  
Telefax: 030 2592728-60  
info@zukunftsforum-familie.de  
facebook/zukunftsforum-familie  
www.zukunftsforum-familie.de

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind im ZFF unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert. Seit 2009 setzt sich das ZFF im Rahmen des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG für eine Kindergrundsicherung in Höhe von aktuell 564 Euro ein. Weitere Informationen unter [www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de).

Berlin, September 2016

Gefördert vom

